

So könnte der Verkehrskollaps im Norden verhindert werden

Wirtschaftsrat der CDU wendet sich mit „Ahrensburger Liste“ an Parlamente

VON CHRISTIAN RISCH

LÜBECK. Die fünf nördlichen Landesverbände des Wirtschaftsrates der CDU fordern den Bundestag und die Länderparlamente und Landesregierungen in Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen dazu auf, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nach einem gemeinsam beschlossenen Fahrplan voranzutreiben. „Wir brauchen kreative Lösungen, die bis 2035 die Verkehrsinfrastrukturen ertüchtigen und teilweise neu errichten und das bei fehlenden, nicht ausreichenden Planungs- und Realisierungsressourcen des Staates“, heißt es in dem Papier.

Basis dafür seien die Projekte des vordringlichen Bedarfs des Bundesverkehrswegeplans, darunter in der Region Lübeck vor allem der Ausbau der A 20 von Schleswig-Holstein nach Niedersachsen, der A 21, der Bahnverbindung von Hamburg zum Fehmarnbelt und der Elbe-Lübeck-Kanal. „Die A 20 hat eine primäre Bedeutung für die Exportwirtschaft und die Häfen in Deutschland und eine elementare Verbindungs-

funktion zum Fehmarnbeltprojekt. Daher besteht ein hoher Fertigstellungsdruck. Die A 20 sollte, ähnlich wie die A 7, als Verfügbarkeitsmodell realisiert werden“, steht in dem Positionspapier.

Die „Ahrensburger Liste“, die zuerst 2015 aufgestellt und jetzt aktualisiert wurde, berücksichtige bei der Priorisierung der norddeutschen Verkehrsprojekte erstmals auch Auswirkungen auf Umwelt und Klima. „Je weiter eine

„ Je weiter eine Fertigstellung der zentralen Lebensadern verschleppt wird, desto höher die Kosten.

Bertram Zitscher, Wirtschaftsrat

Fertigstellung der zentralen Lebensadern in Norddeutschland verschleppt wird, desto höher die Kosten durch Stau- und Ausweichverkehre“, sagt Bertram Zitscher, Geschäftsführer des Wirtschaftsrates Schleswig-Holstein. „Es ist ein fundamentaler Irrtum zu glauben, Verkehrsvermeidungsutopien helfen dem Klima. Das Gegenteil ist der Fall. Um Stau- und Ausweichverkehre zu vermeiden, brauchen wir

dringend die A 20 und die A 21 für ein effizientes Verkehrsnetz. Wir müssen vielmehr gemeinsam investieren in die Chancen, klimaneutraler Verkehrsträger zu Lande, zu Wasser und zu Luft zu entwickeln.“

„Konventionelle und lebenszyklusbasierte Methoden wie Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) sind Instrumente, die genutzt werden müssen. Das Ziel und dessen zeitliche und qualitative Erreich- sowie Verfügbarkeit müssen die Beschaffungsart bestimmen und nicht umgekehrt“, heißt es in der Ahrensburger Liste. Der Staat verfüge derzeit schon beim Regelbetrieb nicht über ausreichende personelle Planungs- und Umsetzungsressourcen. Eine stärkere Einbeziehung des Leistungspotentials der Privatwirtschaft sei daher „zwingend erforderlich“. Wichtig sei deshalb die Schaffung eines Infrastrukturfonds, mit dem Haushaltsmittel sicher für die Verkehrsprojekte verwendet und langfristig über die Lebenszyklen verstetigt werden könnten.

„Die internationale Ausschreibung von Lebenszyklusmodellen für deutsche Infrastrukturprojekte bietet einen

Königsweg. Erhalt, Wartung und Pflege werden von vorne herein über die Lebensdauer des Projektes mitgedacht“, erklärt Zitscher. Zugleich könne die Politik verbindliche Fertigstellungstermine festlegen. „Wenn die neue Regierung in Berlin in vier oder acht Jahren erfolgreich dastehen möchte, sollten die Möglichkeiten von Lebenszyklusmodellen für die zentralen Verkehrsprojekte im Norden jetzt Beachtung finden“, sagt der CDU-Politiker.

„Es ist wenig zielführend, wenn der Elbe-Lübeck-Kanal im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans steht, eine Fertigstellung aber erst nach sieben Abschnitten von je sieben Jahren mit wiederkehrenden Vollsperrungen in einem halben Jahrhundert vorgesehen ist. Im Jahr 2070 würde es dann wohl heißen: Operation geglückt, Patient tot“, erklärt Zitscher. Das politische Fertigstellungsdatum sollte das Verfahren zur Realisierung bestimmen und nicht umgekehrt. „Bei einer Ausschreibung des Gesamtprojektes als Lebenszyklusmodell würden die positiven Wirkungen für den Lübecker Hafen und für eine Entlastung des Verkehrsraumes Hamburg bereits 2028 greifen.“